

Ein Schritt VORAN = zwei Schritte zurück

Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) existiert in Deutschland seit 1992. Nach eigenen Angaben sind europaweit ca. 10.000 vorwiegend Jugendliche in dieser Organisation aktiv, um gegen "Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Sozialabbau" sowie "rassistische und faschistische Angriffe" zu kämpfen (JRE - Wer wir sind und was wir wollen, S. 6). Eine wichtige Rolle bei der Erstellung des Programms und dem Aufbau der Organisation in Deutschland spielte die Gruppe VORAN, deutsche Sektion des Komitees für eine Arbeiterinternationale. Bis heute ist diese Gruppe in JRE, die einige hundert ehrliche Anti-FaschistInnen organisiert, tonangebend - ein Grund mehr, sich mit VORANs anti-faschistischer Programmatik und Taktik auseinanderzusetzen.

VORAN hat in dieser Frage immerhin einen revolutionären Anspruch und gibt ihrer gleichnamigen Zeitung immer wieder ein militantes Gesicht. So tritt sie korrekterweise für die "Verhinderung von Nazi-Aufmärschen, -veranstaltungen und Informationsständen" ein (s. z.B. VORAN 156) und versteht die Mobilisierung der ArbeiterInnenbewegung als entscheidendes Element jeglicher anti-faschistischen Praxis (ohne diese allerdings in eine direkte Beziehung zum Ziel der sozialistischen Revolution zu setzen). Eine genauere Analyse ihrer Antifa-Politik zeigt jedoch, daß VORAN *schwankt* zwischen revolutionärer Rhetorik und opportunistischer Anbiederung, zwischen militanter anti-faschistischer Aktion und einer Politik des Anhängens an die Sozialdemokratie.

Kompromißlos gegen Nazis oder Annäherung an deren "verführte" Basis?

VORAN weicht der Herstellung einer klaren Frontstellung der Linken gegenüber den Faschisten aus. In der Ausgabe vom Dezember 1993/Januar 1994 heißt es in einem VORAN-Artikel über Sozialarbeit mit Jungnazis:

"Natürlich sind jugendliche Faschisten insofern Opfer (!) dieser Gesellschaft, als daß sie auf Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot reagieren" (VORAN 157).

Bedauernswerte "Opfer"? Offensichtlich ist dem Schreiber des Artikels selbst aufgefallen, wie zynisch diese Aussage angesichts des faschistischen Terrors in den Ohren von ImmigrantInnen klingen muß, weshalb er sich beeilt hinzuzufügen, daß die Nazis "in erster Linie Täter" seien. Aber VORAN legt (nicht nur hier) Wert auf die Unterscheidung zwischen "Opfern" (jugendlichen Nazis) und führenden "Rassisten in Schlips und Kragen" und macht sich Sorgen über "junge Nazis", "Nachwuchs-Faschisten" bzw. "Mitläufer", die vor ihren Führern gerettet werden müßten. Es sei "notwendig, einen Keil zwischen die 'Basis' der Nazis und ihre politischen Führer zu treiben" (ebenda). Und wie? "Doch dies kann eben nicht durch Akzeptieren, sondern nur durch politischen Kampf, durch Ausgrenzung erreicht werden" (ebenda). VORAN spricht zwar danach von "politischen und konkreten Schlägen" gegen die Nazis und daß man diesen die Ruhe nehmen wolle, nur - sie winden und wenden sich und wollen sich um die eindeutige Beant-

wortung der Frage herumdrücken: Sollen Anti-FaschistInnen nun *jegliche* Nazi-Aktivitäten verhindern oder ... mit diesem Pack diskutieren?

Die JRE-VORAN-Führung in Berlin zeigte schon einmal im Oktober letzten Jahres ihre Art von "Taktik" gegenüber Nazis, als sie mit den Inhabern des Plattenladens "No Remorse" eine Debatte führte (s. "Antwort auf den offenen Brief von No Remorse"). In diesem Zusammenhang schrieben wir in BOLSCHEWIK 4:

"Die kompromißlose revolutionäre Linie gegenüber Faschisten - *keine Rechte für Faschisten, keine Diskussionen mit Faschisten, zerschlagt die faschistischen Organisationen* - wird von VORAN aufgeweicht. Dies geschieht, weil sie jugendliche Nazis nicht als solche behandeln will, sondern in ihnen lediglich 'rassistisch vergiftete' Jugendliche sieht, die es mit Argumenten zu überzeugen gilt. Man muß aber eine scharfe Trennungslinie ziehen zwischen Faschisten, Mitgliedern einer Terrorgruppe und ihren Sympathisanten einerseits und andererseits Jugendlichen, die auf den 'normalen' bürgerlich-demokratischen (Staats-)Rassismus, vertreten von CDU bis SPD, hereingefallen sind. Unser Hauptanliegen ist die Zerstörung der faschistischen Organisationen ... Durch eine militante, kompromißlose Haltung gegen die organisierten Nazis wird auch ihr Sympathisantenumfeld auseinandergejagt. Eine Vermischung von 'rassistisch vergifteten Jugendlichen' mit Nazis lehnen wir dagegen ab."

VORAN-Illusionen in den bürgerlich-demokratischen Staat

Auch in der Haltung gegenüber dem bürgerlich-demokratischen Staatsapparat schwankt die Gruppe hin und her und stützt letztlich die Illusion des "Antifaschismus" aller "Demokraten". Formal tritt VORAN zwar gegen illusionäre Verbotsforderungen an den bürgerlichen Staat auf. Aber in der Praxis weigert sie sich anzuerkennen, daß der bürgerlich-demokratische Staat nur *taktische* Differenzen gegenüber den Faschisten hat, allerdings *immer und unter allen Umständen* in *prinzipieller* Gegnerschaft zum revolutionären Anti-Faschismus steht.

Zur Illustrierung wollen wir noch einmal an die Ereignisse um den (offiziell verbotenen) NPD-Parteitag erinnern, der am 5. Juni letzten Jahres in Pocking stattfinden sollte. Häufig wird von JRE der Anspruch erhoben, diesen verhindert zu haben. Die Organisation mobilisierte zwar, doch in letzter Minute entschied die Führung im Bundesbüro unter dem Einfluß von VORAN anders und lenkte JRE (aufgrund der erfolgten Morde an türkischen ImmigrantInnen) nach Solingen. Wie immer man zu dieser Entscheidung taktisch stand, wichtig ist hier festzuhalten: *Ausschlaggebend* für den Sinneswandel der JRE-Führung war, daß das NPD-Parteitagverbot durch das *bayerische Innenministerium* ausgesprochen worden war. In der Antwort auf die Kreuzberger JRE-Kritik dieser Bundesbüro-Entscheidung rechtfertigte sich letzteres mit den folgenden Worten:

"Haben wir uns auf das Verbot verlassen? Nein, wir haben im JRE-Bundesbüro lange diskutiert und sind zu der Einschätzung gekommen, daß das bayerische Innenministerium es ernst meint" (JRE-Aktuell Nr. 5, 10/93).

Wir wissen bis heute nicht, was die GenossInnen im Bundesbüro so "lange diskutiert" haben, aber ihre Begründung ist bezeichnend. Das Verbot des Innenministeriums war für sie *der* Grund zur Entwarnung, denn: "Wenn der Staat nun aber ein taktisches Verhältnis zu den Nazis hat, dann spricht doch nichts dagegen, es auszunutzen, wenn der Staat - aus seinen eigenen Gründen - gegen die Faschos vorgeht" (ebenda). Das NPD-Parteitagungsverbot - also doch eine "anti-faschistische Aktion", obwohl sich die NPD'ler seelenruhig - bei vollem Polizeischutz - in dem angemieteten Hotel in Pocking zusammenrotten konnten? So werden gefährliche Illusionen über die Rolle des bürgerlich-demokratischen Staates gesät, der aber, aufgrund seines *Zusammenspiels* mit den Nazis (s. z.B. Rostock und die folgende Asylgesetzauflösung), kein *objektives Interesse* daran hat, gegen diese ernsthaft und konsequent vorzugehen. Die (seltenen) Versammlungs- und Partei-Verbote zur Abwehr internationaler Kritik haben die Nazis nicht beeindruckt. Sie haben auch keineswegs zur Abnahme der faschistischen Gefahr geführt!

Und die VORAN-Politik zu Pocking war und ist kein Einzelfall! (Wir verweisen auf die Berichterstattung in VORAN zu Marzahn und Coppenbrügge sowie auf die britische Praxis der Schwesterorganisation von VORAN, Militant Labour, im Kampf gegen die faschistische BNP (s. BOLSCHEWIK 4)). Eine ähnlich opportunistisch-reformistische Haltung zeigt sich auch im Verständnis der "Militants" gegenüber der Polizei. So hat Militant Labour, die britische Schwesterorganisation von VORAN, auf der nationalen YRE-Konferenz am 4./5. Dezember 1993 dafür plädiert, die Polizei unter die demokratische Kontrolle der Bevölkerung zu stellen. Obwohl diese Position in Deutschland noch nicht offiziell zu einem JRE-Programmpunkt erklärt worden ist, arbeitet VORAN daran. Wie wäre es sonst zu erklären, daß ein Vertreter der "kritischen Polizisten" zum Seminar über die Rolle der Polizei im Rahmen der 2. JRE-Bundeskonzferenz nach Frankfurt eingeladen wurde, dieser jedoch (zum Bedauern von VORAN?) nicht erschien. Leninisten dagegen halten daran fest, daß die Polizei ebensowenig reformiert werden kann wie der Kapitalismus selbst. Unsere Perspektive ist der Aufbau von ArbeiterInnenmilizen - nicht die "bürgernahe" Pseudo-Reform der staatlichen Repressionsorgane!

Kapitulation vor der Sozialdemokratie

Der tieferliegende Grund für diesen "Eiertanz" zwischen revolutionärem Gehabe und opportunistischer Praxis seitens VORAN ist die Annahme, daß eine Mobilisierung gegen die Nazis auf *revolutionärer* Grundlage die (sozialdemokratischen) Massen "abschrecken" könnte. Jahrelang hatte VORAN - fast unter Ausschluß der linken Öffentlichkeit - versucht, den Rest ihrer angeblichen trotzkistischen Programmatik innerhalb der SPD und Jusos zu konservieren - ohne Erfolg. Die SPD (wie auch die internationale Sozialdemokratie) glitt derart nach rechts, daß selbst hartgesottene "Maulwürfe" (tiefe Entristen) wie die "Militants" endlich Licht am Ende des SPD/Juso-Tunnels erblickten wollten, um ihre Identität als Linke zu wahren. Allerdings, der Einfluß der erlittenen Schule innerhalb

von SPD/Jusos ist bei VORAN noch stark zu spüren. Trotz aller (verbal verstärkten) Kritik an der Sozialdemokratie - von dieser Gruppe einen *grundsätzlichen* Bruch mit der SPD-Führung zu erwarten, wäre verfehlt. Wie immer wird VORAN auch im "Wahljahr 94" zur Wahl der SPD aufrufen!

Dieser SPD-Schmuse-Kurs ist auf der 2. JRE-Bundeskonzferenz erst einmal durchgesetzt worden. Bezeichnenderweise wagt aber VORAN nicht, innerhalb von JRE *positiv* und *offen* für ihren SPD-Wahlauftritt zu kämpfen und versteckt sich stattdessen zynischerweise hinter der negativen Formulierung: "Deine Stimme gegen Rechts - wähle gegen Faschisten, CDU, CSU und FDP!"

Nun ist aber (aktuell) eine Stimme für die SPD *keine* Stimme gegen Rechts! In jeder Frage, sei es in der Außenpolitik, sei es beim Abbau demokratischer Rechte oder bei Lohnraub und Kürzungen der Sozialerträge, tritt die SPD als Klassenbester bei der Durchsetzung der bürgerlichen Offensive gegen die Bevölkerung auf. Das gibt auch VORAN zu:

"Doch mit dem derzeitigen Programm bedeutet auch ein Wahlsieg der SPD keine politische Wende" (VORAN 157).

Eben! Doch um ihre Kapitulation zu kaschieren, behauptet VORAN, daß eine SPD-Regierung zumindest

Kontaktadressen der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

Berlin:	M. Martin, Postfach 210 254 10502 Berlin
Hamburg:	PLK 079 731 Postamt 20 20253 Hamburg
Bay Area:	Bolshevik Tendency PO Box 31796 Oakland, CA 94604, USA
New York:	Bolshevik Tendency PO Box 385, Cooper Station New York, NY 10276, USA
Toronto:	Bolshevik Tendency PO Box 332, Adelaide St. Stn. Toronto, Kanada M5C 1J0
Montreal:	Box 1703, Suc. Place d'Armes, Montréal, Québec H2Y3L2 Canada
Wellington:	Permanent Revolution Group PO Box 9671 Wellington, Neuseeland

eine bessere "Ausgangsbasis" (VORAN 158) für die Lohnabhängigen sei. Wieso? Verstehe wer will, wenn doch die SPD unter Scharping offen und ehrlich sagt: Wählt uns, damit *wir* (anstelle der CDU) Euch das Fell über die Ohren ziehen! Als letztes Argument bleibt VORAN dann nur noch, daß die SPD "empfindlicher" gegenüber dem Druck der Lohnabhängigen sei (VORAN 157), "die bei allen Enttäuschungen die SPD als einzige Alternative zur Kohl-Regierung sehen" (VORAN 158). Klar ist jedoch, daß eine SPD- (oder eine Kohl-)Regierung am "empfindlichsten" auf Arbeiterkämpfe reagiert (und auch zu Konzessionen bereit wäre), je bewußter diese geführt werden. Ein Aufruf zur Wahl der SPD auf dem Programm der bürgerlichen Offensive zieht jedoch das Klassenbewußtsein herunter und schürt nur als "Letzter" im sozialdemokratischen Boot Illusionen, was Scharping und Co. selbst aktuell gar nicht nötig haben.

Die Begründung VORANs, gegen "Rechts" stimmen zu wollen, ist nur vorgeschoben. In Wahrheit ging es ihr auf der JRE-Konferenz darum, einen (indirekten) SPD-Aufruf verabschiedet bekommen zu haben, *da sich JRE sonst von der SPD-Basis "isoliert" hätte* (VORAN 158). Egal wo die SPD-Führung ihre Mitglieder und

Sympathisanten auch hinführt - VORAN begleitet und unterstützt (immer kritisch - versteht sich) das von der SPD organisierte Rollback. VORAN erweist sich somit wieder einmal als eine Gruppe der *neuen sozialdemokratischen Linken* in der BRD, die - *außerhalb* der SPD, als linkes Feigenblatt - die sozialdemokratischen Reihen schließt.

Was VORAN mit der SPD (und der Gewerkschaftsbürokratie) nicht gelingt - nämlich diese auf ein links-reformistisches Programm zu verpflichten - versucht sie in JRE. Der von Gruppe Spartakus unterstützte Alternativantrag zum Wahlaufufruf auf der Frankfurter JRE-Bundeskonferenz machte dagegen deutlich, daß eine kritische Wahlunterstützung der SPD aufgrund ihrer aktuellen Politik nicht möglich ist. Die Tatsache, daß ein Drittel der Delegierten für diesen Antrag stimmte, zeigt, daß viele Mitglieder von JRE nicht gewillt sind, der VORAN-SPD-Linie zu folgen. Deren Opportunismus gegenüber der Sozialdemokratie und ihre Illusionen in den bürgerlichen Staat behindern eine entschiedene Vorgehensweise gegenüber den Faschisten.

Die Gruppe Spartakus kämpft für eine *revolutionäre Ausrichtung* von JRE!